

Das Kubicki-Beben: Hat diese FDP doch noch eine Chance?

Es ist ein Bild selten erlebter Tristesse, das die einstige „Partei der Freiheit“ im Frühjahr 2026 abgibt. Wer das Hans-Dietrich-Genscher-Haus in Berlin-Mitte besucht, findet verwaiste Büros und eine gedrückte Stimmung. Seit die FDP bei der Bundestagswahl 2025 mit 4,33 Prozent krachend an der Sperrklausel scheiterte und dann jüngst in den Landtagswahlen fast überall zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte, sind die Worte vom Überlebenskampf und dem Abgrund keine Übertreibung mehr.

Die FDP ist heute eine weitgehend außerparlamentarische Opposition (APO) – nur in sechs von 16 Bundesländern ist sie noch im Landtag vertreten.

Blasser Verwalter des Niedergangs

Lange Zeit wirkte Christian Dürr, der die Partei nach dem Desaster von 2025 übernahm, wie der sprichwörtliche Kapitän auf einer sinkenden Jolle. Seine Auftritte sind hölzern, seine Botschaften erreichten jenseits der sozialen Medien kaum noch das allgemeine Bewusstsein. Er galt als ein Mann des Übergangs, nun könnte er der Mann des Untergangs werden.

Dabei steckt Deutschland in schlimmen Krisen – einer Krise der Wirtschaft und einer Krise der Freiheit. Eigentlich jede Menge Ansatzpunkte, um eine scharfe, liberale Kante gegen die Merz-Regierung zu zeigen. Aber nichts passiert.

Doch gerade als man die Liberalen endgültig abschreiben wollte, steigt nun ein Phönix aus der Asche hervor: Wolfgang Kubicki, liberales Urgestein und das ewige Enfant terrible seiner Partei, verkündete ausgerechnet kurz vor Ostern die persönliche politische Auferstehung. Mit jungen 73 Jahren zwar keine Wundertüte mehr, aber viele Liberale sehen in dem kantigen Kopf aus dem hohen Norden eine unverwechselbare „Marke“ für die FDP, der sich am Rednerpult des Bundestages und in Fernsehtalkshows beeindruckend schlug und für Titelschlagzeilen sorgte.

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++ Kubicki verspricht eine FDP ohne „ideologischen Firlefanz“ und will seine Partei für jene Wähler wieder attraktiv machen, die aus Protest zur AfD abgewandert sind. Er ist der lautstarke Gegenentwurf zum überforderten Dürr – ein politisches Schwergewicht, das keine politische Rauferei scheut.

Mit Henning Höne, dem Chef der NRW-FDP, tritt auch ein Vertreter der jüngeren Generation an. Höne steht für einen sachlicheren, modern-liberalen Kurs. Er möchte die Partei programmatisch und personell modernisieren. Die FDP solle nicht zur One-Man-Show werden, argumentiert er. Aber wahrscheinlich braucht die FDP genau das jetzt.

Christian Lindner, der die FDP über ein Jahrzehnt lang prägte und 2021 in die Ampelregierung führte – ein gravierender Fehler –, hat abgewunken, als jetzt lautstark nach seiner Rückkehr gerufen wurde. Eine

Rückkehr in die aktive Politik lehnt er strikt ab.

Und während alle auf die Kandidatenschau der FDP gucken, bleibt eine Frage weiter unbeantwortet:

Wofür braucht Deutschland diese Partei überhaupt noch?

Als profilloses Anhängsel und Mehrheitsbeschaffer für rot-grüne Traumtänzereien ganz sicher niemand.

Andererseits: In einer Zeit, in der staatliche Interventionen und hohe Steuern die TV-Debatten dominieren, wäre eine Stimme für Eigenverantwortung, Marktwirtschaft und Bürgerrechte notwendiger denn je.

Mit Kubickis Kandidatur hat die FDP zumindest erreicht, dass man in Deutschland wieder über sie spricht. Ob das reicht, werden wir sehen.

Ein FDP-Politiker wagt eine eigene Meinung

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser scharf kritisiert. Ihr „Kampf gegen ‚Rechts‘“ scheine ein Kampf gegen das Recht zu werden, sagte der streitbare Liberale.

„Ich hätte mir nie träumen lassen, dass eine sozialdemokratische Innenministerin selbst zu einer Gefahr für die Demokratie wird“, urteilte Kubicki jetzt über Bundesministerin Nancy Faeser (SPD) in einem Gespräch mit der BILD. Mit der „Delegitimierung staatlicher Institutionen“ könne Kritik am Handeln staatlicher Akteure nahezu beliebig in die Nähe der Staatsgefährdung geschoben werden.

Bereits im Januar hatte der Bundestagsvizepräsident für Aufsehen und Stirnrunzeln in den eigenen Koalitionsreihen gesorgt, als er sowohl die Streichung von finanziellen Mitteln für die AfD als auch Forderungen nach einem Verbot der Partei zurückwies.

„Wer möchte, dass die AfD wieder von der Bildfläche verschwindet, sollte bessere eigene politische Angebote machen und nicht ständig von einem Parteiverbot reden“, sagte er da gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Hendricks (SPD) legt die Axt an die Wurzel der Demokratie

Der Bundestag diskutierte heute auf Antrag der FDP über die Bedrohung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Wer, wenn nicht eine liberale Partei, sollte das sonst zum Thema machen? Acht, halt! Die einstmaligen großen Volksparteien vielleicht auch noch.

Christian Lindner und Wolfgang Kubicki sprachen klar und eindeutig: Selbst Wirrköpfe haben in einem freien Land das Recht, ihre wirre Meinung öffentlich sagen zu können. Das gehört zum Wesen der Demokratie. Und das ist auch gut so. Thomas de Maizière von der CDU sprach auch vorhin im Bundestag. Ein linksextremer Straßmob verhinderte vor wenigen Tagen in Göttingen seine Lesung, 300 Bürger mussten nach Hause gehen.

Die SPD-Abgeordnete Barbara Hendricks (SPD), immerhin früher Bundesumweltministerin, schoß heute im Hohen Haus allerding den Vogel ab, als sie allen Ernstes behauptete: „Es gibt nicht die Freiheit, unwidersprochen nationalistische Hetze zu verbreiten.“ Damit meinte sie die AfD, größte Oppositionspartei im Parlament.

Man ist sprachlos, wenn man das hört. Ist es in Deutschland wieder soweit, dass Politiker – noch dazu einer Regierungspartei – beanspruchen, zu zensieren, was diskussionswürdig ist in einem freien Land und was nicht? Das wäre der Tod unserer angeblich so toleranten und bunten Gesellschaft.

Liebe FDP, bitte, bitte, gebt mir irgendeinen Grund, Euch zu wählen

Die Freien Demokraten dümpeln in Umfragen zu Bundestagswahl derzeit an der Fünf-Prozent-Hürde herum. Heute hatten sie wieder zu ihrem alljährlichen Dreikönigstreffen nach Stuttgart eingeladen, und Parteichef Christian Lindner hielt eine gewohnt fulminante und kämpferische Rede. Nur leider sagte er wenig, dass seine Partei entscheidend nach vorne bringen wird im Superwahljahr 2017.

Ich gebe ehrlich zu, ich mag die Liberalen. Jedes Gemeinwesen sollte froh sein, eine politische Kraft zu haben, die den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Freiheit ist das Thema, das die politische Debatte immer dominieren sollte. Zumal in einem Deutschland, das Privatinitiative und Leistung zu erdrücken droht – und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Ein Staat, nur mal zur Erinnerung, sollte einen

Gestaltungsrahmen setzen und sich sonst aus dem Leben seiner Bürger einfach heraushalten. Demokratie grundsätzlich immer wieder neu denken, Regeln und Verbote immer wieder in Frage stellen. Eine Kraft wie die FDP müsste die Allparteien-Koalition im Deutschen Bundestag frontal angreifen. Atomausstieg, Integration, Gender-Schwachsinn – alles eine Soße da. Und die FDP macht mit, wenn auch mal der oder die ein oder andere wackere Abgeordnete den Mund aufmacht. Christian Lindner, Wolfgang Kubicki, das sind im Grunde Klasse Politiker, die sich manch etablierte Partei in diesem Land auch wünschen würde. Aber was machen Sie daraus? Die zentrale Botschaft, die heute von Stuttgart aus in die Republik transportiert wurde, war, dass man bei der Sicherheitspolitik NICHTS ändern will. Das ist mal eine Aussage, die aufmerken lässt. Unsere Idee zu dem Problem Nummer 1 derzeit in Deutschland ist NICHTS zu ändern. Das macht einen interessierten Beobachter wie mich wirklich atemlos.

Fangt doch endlich an, mit dem großen liberalen Wurf für unser Land! Traut Euch mal wieder etwas! Das hat die liberale Partei schon oft in ihrer Geschichte getan, dass sie das können, etwa beim Schwenk der deutschen Ostpolitik damals mit den Sozis. Ich persönlich habe das als Jungunionist in den 70ern bekämpft bis aufs Messer. Aber die Geschichte hat Euch recht gegeben. Unsere Gesellschaft ist durchbürokratisiert, nur noch schwer erträglich. Ein Langweiler-Staat, in dem sich kaum eine politische Kraft mal etwas traut. Warum nicht mal die FDP, die Partei, die für die freiheitliche Bürgergesellschaft steht, und das mit wirtschaftlicher Vernunft paart. Irgendetwas! Bitte!

Es muss nicht eine große Revolution geben, aber vielleicht eine kleine. Nehm Euch endlich den Moloch vor! Den Öffentlich-Rechtlichen Staatsfunk zum Beispiel. Acht Milliarden Euro werden da jedes Jahr zu großen Teilen verplempert. Und wenn in der Türkei geputscht wird und US-Sender, BBC und Russia Today schon live senden, dann wird uns per Twitter mitgeteilt, am nächsten Morgen um neun Uhr dürfe man erfahren, was in Istanbul los ist. Müssen wir mit Zwangsgebühren Unterhaltung als Grundauftrag finanzieren? Cindy aus Marzahn und die Millionengehälter von 25-jährigen Fußballspielern? Warum steht Ihr nicht mal auf und sagt diesem Irrsinn den Kampf an? In Zeiten, in denen hunderte Unterhaltungsprogramme aus aller Welt im Fernsehen und im Internet zu sehen sind. Oder sucht Euch ein anderes Projekt. Bitte gebt einem bürgerlichen Wähler wie mir irgendeinen Grund, die FDP zu wählen. Bitte!